

Die Sehnsucht nach Autorität

Viele Medien wollen Politiker, die durchgreifen - und gefährden dadurch die Demokratie. Ein Zwischenruf

Die Kanzlerin greift nicht durch, moderiert nur. Führungsschwach. Das dauert alles viel zu lange. Und der Beck hat die SPD auch nicht im Griff. Wie lange streiten die denn noch?

So schreiben oder sprechen viele Medien über die Politik. Und damit hängen diese Medien - nicht alle, aber die meisten, nicht immer, aber zu oft - einem Bild von Politik aus vordemokratischen Zeiten nach. In Schlagzeilen, aber auch in Leitartikeln wird das Bild einer Demokratie gepflegt, die doch den Herrscher oder den Vater in sich birgt, der endlich und letztlich entscheidet: Basta. Die Medien pflegen damit - unausgesprochen - die offensichtlich unausrottbare wie in einer Demokratie unerfüllbare Sehnsucht, es gebe das eine allein entscheidende Machtzentrum. Oft wird diese Sehnsucht in Bilder von Duellen gekleidet; die Politik in High-Noon-Stimmung, wenn auch nur mit Platzpatronen. Rüttgers oder Wulff, Merkel oder Stoiber, Platzeck oder Beck, Niederlage oder Sieg, Schwarz oder Weiß. In diese Duelle wird die Politik mit all ihrer Komplexität hineingestopft. Damit verbunden ist oft das Urteil: Debatte ist Streit und nicht Debatte. Streit ist ein Zeichen von Schwäche und nicht lebendige Demokratie.

Die Medien schüren Erwartungen, welche die Politik gar nicht erfüllen kann: Bei bedeutenden Themen schnell Klarheit schaffen, wer will das in einer Konsens- und Verhandlungs-Demokratie schon erfüllen? Ist doch die Wirklichkeit der Demokratie nicht von Entscheidungsduellen der Wenigen, sondern von mühseligen Aushandlungsprozessen der Vielen geprägt. Und wenn über diese Wirklichkeit berichtet wird, dann schwingt nicht selten der Ton der Ungeduld, ja des Verächtlichen mit, auch in der Qualitätspresse. Da heißt es oft: So, wie die versuchen, den ganzen Staat zu lenken, so könne man nie und nimmer auch nur ein Unternehmen zum Erfolg führen. Das ist übrigens richtig. Und genau deshalb ist ein Unternehmen - man mag es bedauern - auch außerhalb und nicht innerhalb des demokratischen Sektors angesiedelt.

Dass das Verhalten der Medien Folgen hat, darauf macht der renommierte Parteien-Forscher Franz Walter aufmerksam: Der Siegeszug der Mediendemokratie habe »einen neoautoritären, planierenden Zug in die Politik gebracht«. Die Gegenrede der Medienmacher liegt auf der Hand: Mit dem Politikalltag sei einfach kein Geschäft zu machen. Lange Debatten passten eben nicht zu den Rhythmen der Medien, eher täglich frische und zügig gefasste Entscheidungen, möglichst personalisiert.

Die Kunst liegt vermutlich darin, Politik unterhaltend zu vermitteln, sie dabei allerdings nicht zur Unterhaltung verkommen zu lassen. In jedem Fall sollte jedoch ein Grundgesetz gelten: Die Demokratie sollte schon als Demokratie überkommen.

Der Autor war viele Jahre Chefredakteur der Frankfurter Rundschau.